

informationen

der Mobilen Beratung

für Opfer rechtsextremer Gewalt

unterstützen

beraten

intervenieren

Schwerpunkt: Nicht-rechte Jugendarbeit

Liebe LeserInnen,
liebe FreundInnen,

Über die Faktoren, die zur Distanzierung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen gegenüber rechtsextremen und rassistischen Haltungen, Cliquen und Gewalttaten führen, sind sich WissenschaftlerInnen und PädagogInnen inzwischen weitgehend einig. So schreibt beispielsweise der Pädagogik-Professor Kurt Möller, notwendig seien u.a. „politische und gesellschaftliche Teilhabemöglichkeiten; die Entdeckung biografisch neuartiger Quellen von Selbstwerterleben und Anerkennung außerhalb rechtsextrem (und menschenfeindlich) geprägter Cliquen und Szenen; die Verfügbarkeit über öffentlichen Raum und die Vermeidung territorialer Konflikte (...) sowie Distanz zu Gewaltakzeptanz überhaupt“.

Zu den Orten, an denen Jugendliche und junge Erwachsene derartige Erfahrungen machen können, gehören nicht-rechte, soziokulturelle und alternative Jugendklubs und Treffpunkte. Auch in Sachsen-Anhalt sind die Fakten eindeutig: Vor allem in denjenigen Kommunen, in denen alternative und nicht-rechte Jugendkultu-

ren explizit gefördert und unterstützt werden – u.a. durch eigene Treffpunkte – und Jugendliche und junge Erwachsene die Wahl haben, kann eine rechte Hegemonie unter Heranwachsenden und jungen Erwachsenen verhindert bzw. zurückgedrängt werden.

Obwohl die Jugendeinrichtungen, in denen explizit nicht-rechte und alternative Jugendkulturen gefördert werden, zu den wenigen Orten gehören, in denen Jugendliche Demokratie und gesellschaftliche Teilhabe in ihrem unmittelbaren Alltag erleben und gestalten können, sind die meisten dieser Zentren und Klubs durch Sparmaßnahmen in ihrer Existenz gefährdet. Dies wird auch in den Interviews auf den Seiten 4 und 5 deutlich.

Eine Förderung solcher Jugendangebote erscheint umso notwendiger, als beispielsweise Experten wie Jürgen Windolph, Leiter des polizeilichen Staatsschutzes beim Landeskriminalamt Sachsen-Anhalt, auf einer Tagung der Mobilen Opferberatung

und des Vereins Miteinander e.V. betonten: „Wir haben wieder einen Anstieg rechter Gewalt.“ Der Erfolg bei den Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg habe das Selbstbewusstsein der rechten Szene erheblich gestärkt.

Prof. Roland Eckert aus Trier wies auf der Tagung daraufhin, dass es nach wie vor Lücken und Erfassungsdefizite bei Gewalt von Neonazis gegen linke, alternative und nicht-rechte Jugendliche und junge Erwachsene gebe. „Vielfach wird den Betroffenen von Sicherheitsbehörden sogar eine Mitschuld oder Mitverantwortung an den Angriffen und der erlittenen rechten Gewalt gegeben“, bestätigte auch Dominique John, Koordinator der von „CIVITAS – initiativ gegen Rechtsextremismus“ geförderten Opferberatungsprojekte. Auch deshalb sind alternative und nicht-rechte Jugendklubs so wichtig. „Immerhin können die Betroffenen mit ihren Problemen zu uns kommen“, sagt Yvonne Bosse vom soziokulturellen Zentrum Zora e.V. in Halberstadt. ■

Mobile Beratung

für Opfer rechtsextremer Gewalt

- Wir unterstützen Opfer nach einem rassistischen, rechtsextremen oder antisemitischen Angriff. Wir sind unabhängig und parteilich.
- Wir beraten kostenlos vor Ort und auf Wunsch anonym: Opfer rechter Gewalt und/oder FreundInnen, Angehörige und ZeugInnen.
- Wir intervenieren, wenn sich Opfer rechter Gewalt alleine gelassen fühlen.

Magdeburg

Erich-Weinert-Str. 30; 39104 Magdeburg
Tel.: 0391/5 44 67 10 Funk: 0170/2 92 53 61
opferberatung.md@miteinander-ev.de
Sprechzeit: Montag von 15 bis 17 Uhr

Salzwedel

Sonnenstr. 2; 29410 Salzwedel
Tel.: 03901/30 64 31 Funk: 0170/2 90 41 12
opferberatung.nord@miteinander-ev.de
Sprechzeit: Montag von 15 bis 17 Uhr

Halberstadt

c/o ASB
Voigtei 38; 38820 Halberstadt
Tel.: 03941/62 18 00 Funk: 0170/2 94 83 52
opferberatung.mitte@miteinander-ev.de
Sprechzeit: Donnerstag von 15 bis 17 Uhr

Halle

c/o Blickpunkt Opfer Sachsen-Anhalt e.V.
Reilstr. 78; 06114 Halle
Tel.: 0345/5 48 38 51 Funk: 0170/2 94 84 13
opferhilfesued@yahoo.de
Sprechzeit: Donnerstag von 15 bis 18 Uhr

18. April/Magdeburg

Gegen Mitternacht wird ein 22-jähriger Flüchtling aus Eritrea an einer Straßenbahnhaltestelle an der Halberstädter Straße von einem 39-jährigen Mann als „Nigger“ beleidigt. Dann schlägt der stark alkoholisierte Angreifer mehrfach auf sein Opfer ein und verletzt den 22-Jährigen. Die Polizei nimmt wenig später den Täter vorläufig fest und ermittelt wegen Volksverhetzung, Beleidigung und Körperverletzung.

4. Mai/Burg

In der Nähe des Bahnhofs werden ein 12- und ein 14-jähriger Skater von drei bis vier Rechten angegriffen. Die Rechten entreißen ein Skateboard und schlagen mit ihm auf die beiden Skater ein. Die Betroffenen kommen mit leichten Verletzungen davon.

5. Mai/Burg

In einem Park werden nicht-rechte Jugendliche von ca. 20 Rechten gezielt angegriffen und geschlagen. Zwei der Jugendlichen werden verletzt. Ein Betroffener muss im Krankenhaus behandelt werden. Die anderen Jugendlichen können flüchten.

Vor Gericht:

Angriffe im Alltag

Burg: Verfahren gegen Rechte eingestellt

Das Jugendschöffengericht Burg stellte am 9. Juni das Verfahren gegen zwei 19-jährige rechte Angreifer ein, die von der Staatsanwaltschaft wegen gefährlicher Körperverletzung angeklagt worden waren.

Die beiden jungen Männer hatten am 12. Januar 2005 ihren Mitschüler P. in einer Berufsschule in Burg attackiert. Der 21-jährige P. hatte zuvor einen dritten Mitschüler aufgefordert, sein Kapuzenshirt mit einem verbotenen Thor-Steinar-Emblem auszuziehen. In dieser Situation schlugen die beiden 19-Jährigen auf P. ein.

Im Prozess entschied sich P., als Nebenkläger gegen die beiden rechten Angreifer aufzutreten. Auf eine anwaltliche Vertretung verzichtete P., da „diese Geschichte so klar ist“. Dementsprechend überrascht war der Betroffene, als der Prozess eine völlig unerwartete Wendung nahm, und er als Opfer plötzlich zum Täter gestempelt wurde.

In der Hauptverhandlung bestritten die beiden Rechten den Angriff. Sie präsentierten eine ganz neue Version des Geschehens, die in weiten Teilen von jenem polizeibekanntem Rechten bestätigt wurde, dessen Thor-Steinar-Shirt den Ausgangspunkt für den nachfolgenden Angriff gebildet hatte. Auch ein als Zeuge vernommener Polizist behauptete, er habe von einer blutenden Wunde am Kopf des Opfers nichts mitbekommen. P. als Nebenkläger hatte keine Chance, den Angeklagten und Zeugen selbst Fragen zu stellen: Er war vom Richter zuvor aufgefordert worden, den Saal bis zu seiner eigenen Aussage zu verlassen. Die anschließende Befragung von P. durch den Richter zielte offenkundig darauf ab, seine Glaubwürdigkeit zu demontieren. Am Ende entschied der Richter auf Einstellung des Verfahrens. Er forderte P. für die Zukunft zu „besonnenerem Handeln in der Wahl seiner Mittel“ auf. Zukünftig solle er es den „dafür berufenen Stellen überlassen“ gegen das Tragen verfassungsfeindlicher Symbole einzugreifen. ■

Halle: Haftstrafe nach rassistischem Angriff

Am 14. Juni verurteilte das Amtsgericht Halle einen 27-jährigen Mann, der einen Kongolesen angegriffen hatte, zu einer Haftstrafe von einem Jahr.

Am Nachmittag des 26. Februar 2004 stand der Betroffene an der Kasse eines Einkaufsmarktes. Zwei Neonazi-Skinheads reihten sich in die Schlange ein und begannen, den 33-Jährigen u.a. mit „Nigger“, „Du schwarzes Schwein“ und als „Drogendealer“ zu beleidigen. Der Mann reagierte nicht. Die beiden Skins setzten ihre rassistischen Verbalattacken auf Englisch fort, in der Annahme, der Kongolese würde kein Deutsch verstehen. Schließlich bat der Betroffene, ihn in Ruhe zu lassen. Als der 33-Jährige bezahlen wollte, wurde er plötzlich von hinten gegen Nacken und Oberkörper geschlagen. Daraufhin forderte er den Täter auf, aufzupassen. Statt einer Antwort erhielt er einen Faustschlag ins Gesicht. Der Betroffene wehrte sich, indem er eine Flasche vom Fließband nahm und sie einem der Angreifer über den Kopf schlug. Wenig später kam der zweite Täter auf den Kongolesen zu und sprühte ihm Reizgas ins Gesicht.

Als am 24. Mai 2005 die Hauptverhandlung vor dem Amtsgericht Halle eröffnet wurde, erschien nur einer der Angeklagten zum Termin. Das Verfahren gegen den zweiten Täter wurde abgetrennt. Dem verbleibenden Angeklagten wurde von der Staatsanwaltschaft Halle lediglich vorgeworfen, er habe den Geschädigten beleidigt und mit Reizgas ins Gesicht gesprüht. Im Urteil blieb davon nur noch ein Angriff mit einem gefährlichen Werkzeug übrig. Da der Angeklagte zum Tatzeitpunkt noch eine Bewährungsstrafe wegen gefährlicher Körperverletzung, Beleidigung und Diebstahl verbüßte, kündigte das Gericht die Bildung einer Gesamtstrafe an. ■

Massive Kritik am Umgang mit Neonazi-Angriff auf Zora e.V.

Die Entscheidung der Justiz, das Ermittlungsverfahren wegen des Angriffs auf den Zora-Besucher Sebastian V. einzustellen, empört Professoren und die Familie des Betroffenen.

Für Prof. Roland Roth, Prof. Jochen Fuchs und Prof. Wolf-Dieter Narr vom „Komitee für Grundrechte und Demokratie“ haben Staatsanwaltschaft und Amtsgericht Halberstadt mit ihrer Entscheidung vom März diesen Jahres, das Ermittlungsverfahren gegen den Neonazisänger Peter Karich wegen des Angriffs auf das soziokulturelle Zentrum Zora e.V. und den 21-jährigen Sebastian V. einzustellen, die Grenze zur Strafvereitelung im Amt überschritten. „Damit verhöhnern die Juristen das Opfer“, sagt der Magdeburger Politikwissenschaftler Roland Roth. Rechtsprofessor Jochen Fuchs und Prof. Wolf-Dieter Narr sprechen von einer „schlimmen Fehlentscheidung“. Ende Mai erstatteten die drei Strafanzeige. In ihrer Anzeige schreiben sie: „Die Verfahrenseinstellung muss im gegebenen Kontext in Halberstadt und Sachsen-Anhalt insgesamt geradezu wie eine Entschuldigung, wenn nicht Lizenzierung der gewalttätigen Untaten von Karich und anderen ausgelegt werden.“

Von der Justiz im Stich gelassen

In der Nacht vor dem neonazistischen Rudolf-Hess-Aktionstag im August 2003 überfiel eine ca. 15-köpfige Gruppe um den Sänger der Neonaziband „Skinheads Sachsen-Anhalt“, Peter Karich, das soziokulturelle Zentrum in Halberstadt. Dabei trug Sebastian V. durch gezielte Tritte auf den Kopf schwere Verletzungen davon. Vor dem Angriff auf den 21-Jährigen und die Zora hatten etwa sechs Rechte versucht, in ein alternatives Wohnprojekt einzudringen. Anschließend griff die Gruppe einen zufällig vorbeigehenden 30-jährigen Passanten an. Im April 2004 verurteilte das Amtsgericht Halberstadt vier der rechten Gewalttäter zu Bewährungs- und Haftstrafen zwischen acht und 18 Monaten. Das Verfahren gegen Karich und einen weiteren 15-jährigen Tatverdächtigen wurde abgetrennt.

Ende März fanden die Ermittlungen gegen die beiden wegen des Überfalls auf Sebastian V. und die Zora allerdings ein abruptes Ende. Gegenüber der zu erwartenden Strafe wegen des Angriffs auf den Passanten in einer noch ausstehenden Hauptverhandlung, argumentierte das Amtsgericht Halberstadt, falle eine Verurteilung in dieser Sache „nicht beträchtlich ins Gewicht“. „Ein solcher Umgang der Justiz mit rechten Straftaten kann von Neonazis nur als Freibrief verstanden werden, weiter offensiv und mit Gewalt gegen anders Denkende vorzugehen“, kritisierte Sebastian V. diese Entscheidung, der sich von der Justiz im Stich gelassen sieht.

Mittlerweile hat sich sein Vater mit einer Petition an den Landtag von Sachsen-Anhalt gewandt. Darin bittet er um sofortige Intervention bei der Staatsanwaltschaft Halberstadt. „Es muss Sie als gewählte Abgeordnete unserer Demokratie bedenklich stimmen, wenn die Bürger unserer Judikative und Exekutive (Gerichten und Staatsanwaltschaften) so ohnmächtig gegenüber stehen.“ Eine Stellungnahme des Petitionsausschusses in dieser Sache steht noch aus.

Die Nebenklagevertreterin des Betroffenen legte Anfang Juni zudem Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht ein.

Reaktionen auf die Anzeige

Auf die Anzeige der drei Professoren gab es erste Reaktionen. Man werde das nicht auf sich beruhen lassen, so der Leiter der Staatskanzlei, Staatsminister Rainer Robra (CDU), nach Bekanntwerden der Anzeige gegenüber dem Berliner „Tagesspiegel“. Auch aus dem Justizministerium hieß es, man wolle den Fall prüfen. Man werde der Anzeige nachgehen, bestätigte der zuständige Oberstaatsanwalt Helmut Windweh gegenüber der Wochenzeitung „Freitag“. Die Zeitung zitiert den Staatsanwalt allerdings noch mit einem „leise gesprochenen Nachsatz“: „Ich gehe davon aus, dass die Professoren ihre Anzeige genau durchdacht haben, denn es gibt ja auch den Tatvorwurf der falschen Verdächtigung.“ ■

Danke für 9.105,50 Euro

Im Revisionsprozess um den Tod von Helmut Sackers durch tödliche Messerstiche eines rechts-extremen Skinheads sprach das Landgericht Halle am 4. April den Angeklagten frei. Aus diesem Grund müssen die Angehörigen von Helmut Sackers als NebenklägerInnen die Kosten der Nebenklagevertretung in Höhe von rund 15.000 Euro selbst tragen. Die Mobile Opferberatung hatte gemeinsam mit Prominenten zu Spenden für die Kosten der Nebenklage aufgerufen. Bis zum Redaktionsschluss der „informationen“ sind beim „Opferfonds“ des Vereins Miteinander e.V. 9.105,50 Euro eingegangen.

Allen SpenderInnen möchten wir an dieser Stelle auch im Namen der NebenklägerInnen ganz herzlich danken.

Über den weiteren Verlauf des Verfahrens und den Stand der Spendenkampagne für die Prozesskosten informieren wir regelmäßig auf der Website: www.mobile-opferberatung.de

Zur Unterstützung der Angehörigen von Helmut Sackers in ihrem Bemühen um Gerechtigkeit bitten wir auch weiterhin um Spenden.

Spendeneinzahlungen oder -überweisungen richten Sie bitte an das Konto:

Miteinander e.V.,
Konto-Nr.: 53 53 53, Bank für Sozialwirtschaft Magdeburg,
BLZ 810 205 00,
Kennwort: „Opferfonds/Revision Halberstadt“.

Auf Wunsch erhalten Sie gerne eine Spendenbescheinigung.

5. Mai/Halberstadt

Am späten Nachmittag greifen sechs bis acht stark alkoholisierte Rechte einen Liberianer auf dem Bahnhofplatz an. Sie attackieren den 36-Jährigen, reißen ihn zu Boden und zerschlagen Bierflaschen auf seinem Kopf. Ein zu Hilfe eilender BGS-Beamter, der nicht im Dienst ist, wird ebenfalls zusammengeschlagen. Erst auf Aufforderung des 32-Jährigen informieren Passanten die Polizei. Bei dem darauf folgenden Einsatz wird eine 26-jährige Polizistin leicht verletzt. Der Liberianer und der BGS-Beamte, dem zwei Zähne ausgeschlagen wurden, müssen mit Platzwunden am Kopf ambulant behandelt werden.

13. Mai/Oschersleben

Gegen 23 Uhr wird ein Punk von mehreren Rechten brutal überfallen. Mit stumpfer Gewalt schlagen die Angreifer auf den Mann auch dann noch ein, als er bewusstlos am Boden liegt. Als der 33-Jährige wieder zu sich kommt, liegt er in einer Blutlache. Die Angreifer sind geflohen. Schwer verletzt gelingt es dem Betroffenen, sich in das soziokulturelle Zentrum „Alge“ zu retten. Auf dem Weg dorthin verliert er erneut das Bewusstsein. Mit schweren Kopfverletzungen wird er noch in der selben Nacht in ein Magdeburger Krankenhaus gebracht und dort fünf Tage stationär behandelt.

Wir wünschen uns Planungssicherheit

Interview mit Yvonne Bosse, Zora e.V. in Halberstadt

Yvonne Bosse arbeitet im soziokulturellen Zentrum Zora e.V. Wir sprachen mit ihr über die Situation in Halberstadt und die Arbeit ihres Projektes.

Wie lange gibt es die Zora schon und was machen Sie?

Der Verein Zora existiert seit 15 Jahren. Damals haben Jugendliche das Projekt im alten Wirtschaftsspeicher des früheren Johannisklosters in der Altstadt gegründet. Die Zora ist ein selbstverwaltetes Zentrum, das sehr vom Engagement der Jugendlichen selbst lebt. Wir bieten verschiedene Workshops und Werkstätten an. Ich denke da etwa an den Breakdance-Workshop, die Siebdruckwerkstatt oder den Computerraum. Es gibt auch einen Proberaum für Musiker und eine Krabbelstube. Momentan wird erneut der Versuch unternommen, einen Infoladen aufzubauen. Außerdem wollen einige Jugendliche ein Infoblatt herausgeben. Ergänzt wird das alles durch unsere sozialpädagogischen Angebote, also Offene Jugendarbeit sowie Hilfe und Beratung in persönlichen Problemlagen.

Wen erreichen Sie mit Ihren Angeboten?

Es sind vor allem Jugendliche im Alter ab zwölf Jahren, die zu uns kommen, die alternativ oder neutral bzw. nicht-rechts eingestellt, sich engagieren oder einfach Party machen wollen.

Im August 2003 wurde Ihr Projekt von Neonazis überfallen und ein Besucher schwer verletzt. Wie sieht die Situation heute aus?

Die Zora und ihre Besucher werden weiterhin von Neonazis bedroht. Allgemein ist die Situation in Halberstadt angespannt. Viele Jugendliche driften in die rechte Szene ab. Es gibt seit zwei Jahren einen Laden namens Ragnaröck, in dem Kleidung und sonstige Accessoires für den rechten Lifestyle angeboten werden. Und nicht zuletzt sitzt hier die NPD mit einem Abgeordneten im Stadtrat. Erst Anfang Mai trieb sich eine Gruppe von Neonazis bei uns auf dem Gelände herum. Der jüngste Angriff ereignete sich

Ende Mai, als Jugendliche am Halberstädter See von einem Nazi zusammengeschlagen wurden. Dass Zora-Besucher angepöbelt oder zusammengeschlagen werden, wenn sie alleine in der Stadt unterwegs sind, kommt leider häufig vor. Immerhin können die Betroffenen mit ihren Problemen zu uns kommen. Hier können sie erzählen, was ihnen passiert ist, und wir bemühen uns, ihnen zu helfen.

Wünschen Sie sich mehr Unterstützung für Ihre Arbeit?

Die Zora ist die einzige Jugendeinrichtung in Halberstadt und Umgebung mit einer derartig umfangreichen Angebotspalette. Und auch wenn es mit den Verantwortlichen in Stadt und Landkreis in der Regel eine gute Zusammenarbeit gibt, wünschen wir uns vor allem eine gesicherte finanzielle Perspektive. Der Landkreis hat zwar für dieses Jahr mittlerweile alle Gelder bewilligt, doch von der Stadt stehen noch etliche Bescheide aus. In den jeweiligen Ausschüssen heißt es immer, dass sie uns Planungssicherheit geben wollen. Wenn aber bis Mitte des Jahres immer noch keine Zuwendungen beschlossen wurden, kann davon natürlich keine Rede sein.

Was müsste sich in der Jugendpolitik Ihrer Ansicht nach ändern?

Vor allem müsste sich endlich die Einsicht durchsetzen, dass man solche Projekte wie unseres unbedingt erhalten muss. Das ist aber leider nicht so. Dieses und nächstes Jahr müssen wir mit weniger Mitteln auskommen, da die Stadt ihre generelle Vereinsförderung gekürzt hat. Ich finde, hier steht die Politik in der Verantwortung. Immer wieder heißt es, die Jugend ist unsere Zukunft. Wenn man das wirklich ernst meint, dann müsste man sie auch fördern. Schaut man sich jedoch die Realität in Stadt und Land an, entsteht genau der gegenteilige Eindruck.

Vielen Dank für das Gespräch. ■

Es ist wichtig, Jugendliche stark zu machen

Interview mit Heidrun Mertens, Kinder- und Jugendfreizeitzentrum KROKO in Kalbe

Über die Situation der Jugendarbeit in Kalbe/Milde sprachen wir mit Heidrun Mertens, die seit 13 Jahren im Kinder- und Jugendfreizeitzentrum KROKO arbeitet.

Seit dem Frühjahr häufen sich Angriffe auf alternative Jugendliche und Projekte in der Altmark. Im April versuchten 30 Rechte den Vortrag „Der Nazis neue Kleider“ bei Ihnen im Jugendklub zu stören. Erst mit Hilfe der Polizei konnte die Veranstaltung durchgeführt werden. Wie stellt sich die Situation heute dar?

Seit der Veranstaltung, die bei uns im KROKO stattfand, ist es leider vermehrt zu Bedrohungen und Angriffen auf einzelne Besucher unseres Jugendklubs gekommen. Hatten wir bislang kaum größere Probleme mit Rechten vor Ort, so schätzen wir die Situation heute so ein, dass die rechte Szene im Altmarkkreis größer geworden ist, ebenso wie die Bereitschaft zur Gewalt. So überlegen wir uns beispielsweise inzwischen ganz genau, zu welchen Veranstaltungen wir mit unseren Jugendlichen gehen oder ob das nicht etwa zu gefährlich ist.

Welche Jugendliche besuchen das KROKO?

Unsere Angebote richten sich an alle Kinder und Jugendliche in Kalbe und Umgebung. Zielgruppe ist das Alterssegment von zwölf bis 27 Jahren. In der Regel sind rund 30 bis 35 Jugendliche am Tag bei uns. Tendenz steigend, da viele junge Leute hier keine Ausbildungsstelle mehr finden oder arbeitslos sind.

Und was erwartet die Jugendlichen bei Ihnen?

Unser Angebot reicht vom Bewerbungstraining und der Unterstützung bei der Antragsbewältigung über Einzelfallhilfen bei Konflikten im persönlichen, schulischen oder sozialen Umfeld bis hin zu Jugendfreizeiten, unserem Turnier „Kickern gegen Gewalt“ und vielem mehr. Viele Dinge, die wir organisieren, sind auf Initiative der Jugendlichen entstanden, z.B. die Band, die in unseren Räumen spielt. Seit jüngstem produzieren

sie sogar ihre CD selbst. Daneben gibt es Soziale Gruppenarbeit oder wir organisieren in unseren Räumen im Gemeindehaus der Evangelischen Kirche in Kalbe Veranstaltungen, Partys, Diskos und Feste.

Dass wir heute ein Interview führen, hätte man sich Ende letzten Jahres kaum vorstellen können; die Finanzierung Ihrer Einrichtung war akut gefährdet.

Ja, das stimmt. Erst kurz vor Jahresende kam es zu einer Vereinbarung, die uns ein Weitermachen ermöglichte. Dafür wurde eigens die neue gemeinnützige GmbH AWO-Sozialdienst Altmarkkreis gegründet. Bis zum Dezember 2004 wurden unsere beiden Stellen über das Feststellenprogramm des Landes finanziert. Seit Januar kommen 70 Prozent der Personalkosten auf drei Jahre befristet aus dem Fachkräfteprogramm. Den Rest müssen der Landkreis und die Stadt anteilig aufbringen. Die Finanzierung des Kreises ist gesichert, aber nicht der Beitrag der Stadt. Und auch bei der Sachmittelfinanzierung sieht es eher mau aus; in den letzten Jahren gab es dafür keine Haushaltsdeckung.

Kann man unter diesen Bedingungen erfolgreiche Jugendarbeit leisten?

Als Mitarbeiter des KROKO stellen wir uns immer wieder die Frage, was Kinder und Jugendliche eigentlich brauchen. Wir sind fest davon überzeugt, dass es wichtig ist, sie stark zu machen. Stark genug, um in einer unübersichtlichen Welt zurechtzukommen. Deshalb können und sollen sich die Jugendlichen in unserem Klub selbst ausprobieren und am demokratischen Handeln aktiv beteiligen. Wir bieten ihnen Freiräume und Hilfestellungen. Das kann aber nur geschehen, wenn nicht immer mehr Gelder in der Kinder- und Jugendarbeit gestrichen werden und Einrichtungen schließen müssen, weil sie angeblich nicht finanzierbar sind. Alle Erwachsenen stehen hier in der Verantwortung.

Vielen Dank für das Gespräch. ■

Gegen 20.45 Uhr greifen Rechte eine Gruppe alternativer Jugendlicher an. Die Jugendlichen wollen nicht, dass einer der Neonazis eine Kasette mit rechter Musik in ihren Recorder einlegt. Daraufhin schlägt der Neonazi einem Punk unvermittelt die Faust ins Gesicht. Es entwickelt sich eine Schlägerei zwischen den Jugendlichen und den Rechten. Mindestens fünf alternative Jugendliche werden verletzt. Als die Polizei eintrifft und die Gruppen trennt, rufen die Rechten neonazistische Hetzparolen.

29. Mai/Halberstadt

Gegen 2.45 Uhr greift ein polizeibekannter Rechter am Halberstädter See zwei Jugendliche an. Der 20-Jährige will eine Gruppe alternativer Jugendlicher von den Zielen der NPD überzeugen. Als ihm ein 17-Jähriger sagt, er sei hier falsch, schlägt ihm der Rechte eine Fahnenstange auf den Kopf, zielt mit einer Pistole auf den Jugendlichen und schlägt ihm schließlich damit auf den Hinterkopf. Anschließend tritt er mehrmals auf den Kopf des am Boden liegenden Opfers ein. Als ein 14-Jähriger zu schlichten versucht, wird auch er attackiert. Bevor der Täter verschwindet, zwingt er die Gruppe „Sieg Heil“ zu rufen. Der 17-Jährige erleidet u.a. einen Riss am Ohr, eine Prellung der Nase und eine Kopfwunde. Der 14-Jährige trägt eine Prellung und eine Platzwunde im Gesicht davon.

Kurz nach Mitternacht greifen ein halbes Dutzend bekannter Neonazis im alternativen Paulus-Viertel drei junge Männer aus der Antifa-Bewegung an. Ein 22-Jähriger wird in den Bauch getreten, ein 26-Jähriger u.a. durch einen Faustschlag im Gesicht verletzt.

Die Neonazis, die offenbar im Vorfeld des rechten Aufmarsches am Abend des 17. Juni in Halle Propagandamaterial geklebt hatten, jagten ihre Opfer gezielt.

So wurde der 26-Jährige, als er nach Schlägen und Tritten vor den Angreifern zu flüchten versucht, nach einem Kommandoruf „Einer von vorn, einer von hinten!“ von zwei Neonazis am Wegrennen gehindert und erneut getreten.

Tagung zum Thema

28.-30.9.2005, Bremen

14. bundesweites PraktikerInnentreffen „**Jugendarbeit in rechten Szenen**“. Aktuelles aus der Forschung und aus dem Alltag – Schlussfolgerungen für die gesellschaftliche und pädagogische Praxis; u.a. mit Prof. Kurt Möller, Prof. Franz-Josef Krafeld, Initiativen und SozialarbeiterInnen.

Veranstalter, Kontakt und Informationen:

LidiceHaus

Jugendbildungsstätte Bremen

Tel.: 0421/6 92 72 13

Fax.: 0421/6 92 72 16

Infos zum Thema

Mobiles Beratungsteam gegen Rechtsextremismus in Berlin (MBR)

Kontakt und Informationen:

www.mbr-berlin.de

Tel.: 030/24 04 54 30

info@mbr-berlin.de

Die Stärkung von alternativen und nicht-rechten Jugendkulturen gehört zu den Schwerpunkten einer Jugendarbeit, die Rechtsextremismus Grenzen setzen und demokratische Prinzipien (er-)lebbar und erfahrbar machen will. Gleichzeitig sind viele Jugendeinrichtungen und PädagogInnen mit rechtsextrem-orientierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen konfrontiert. Als Mobile Opferberatung, die die Perspektive der Betroffenen rechter und rassistischer Gewalt als Ausgangspunkt der eigenen Arbeit ansieht, halten wir eine fachlich qualifizierte Jugendarbeit mit rechtsextrem-orientierten Jugendlichen für notwendig – sofern sie die Perspektive, den Schutz und die Stärkung von (potenziellen) Opfern rechter Gewalt mit einbezieht.

Im Folgenden beziehen wir uns wesentlich auf die Vorschläge der „Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin“ (MBR) für Kriterien einer Jugendarbeit mit rechtsextrem-orientierten Jugendlichen.

Wenn in einer Einrichtung plötzlich eine Gruppe von rechtsextrem-orientierten Jugendlichen auffällt oder dominiert, kann das sowohl Ergebnis eines längeren Prozesses als auch ein scheinbar plötzliches Phänomen sein. In jedem Fall ist als erster Schritt der kollegiale Austausch über die Wahrnehmung des Phänomens wichtig. Ziel sollte sein, das eigene Wissen über Rechtsextremismus, seine jugendkulturellen Erscheinungsformen (Musik, Kleidung und Codes) zu erweitern und sich darüber zu informieren, wer vor Ort zu den AktivistInnen und Kadern von extrem rechten Gruppierungen gehört; wo und wie diese Gruppierungen ihre Freizeit verbringen, politisch agieren und auftreten. Diese Recherche sollte dann auch das Hinzuziehen von anderen, wie beispielsweise KollegInnen von anderen Jugendklubs, dem Jugendamt, örtlichen Initiativen gegen Rechts oder Rechtsextremismus-ExpertInnen beinhalten.

Rechtsextreme Kader und AktivistInnen von neonazistischen Freien Kameradschaften, NPD, JN, DVU oder Republikaner sind durch Angebote der Jugendarbeit nicht mehr zu erreichen. Daraus folgt, dass im ersten Schritt rechtsextrem-orientierte MitläuferInnen von

rechtsextremen Kadern und auch AktivistInnen getrennt werden sollten. Möglich und wirksam sind beispielsweise Hausverbote für neonazistische Kader.

Um Kader von MitläuferInnen unterscheiden zu können, ist das Wissen um die lokale Organisation der extremen Rechten eine wichtige Grundvoraussetzung. Darüber hinaus bedarf es einer personellen und pädagogischen Kontinuität in der Jugendeinrichtung sowie regelmäßiger fachlicher Fortbildungen. Nur PädagogInnen mit fundiertem Wissen und einer Palette von Handlungsoptionen fühlen sich derartigen Auseinandersetzungen gewachsen.

Zu den Handlungsmöglichkeiten gehören neben einer antirassistischen Hausordnung, die das Tragen und Verbreiten von verfassungsfeindlichen und diskriminierenden Inhalten ausschließt, beispielsweise auch Altersbegrenzungen und ausgewählte Mottos bei Veranstaltungen. Wichtig ist auch eine gezielte Steuerung des Angebots, indem darauf geachtet wird, die Hegemonie einer vorherrschenden Jugendkultur zu durchbrechen und „andere“ Kulturen zu vermitteln, u.a. durch alternative kulturelle Angebote und Förderung vielfältiger Jugendkulturen.

Weitere Handlungsoptionen umfassen offensive Diskussionen und andere Formen, in denen Konsequenzen und Widersprüche von rechtsextremen, rassistischen und antisemitischen Denken aufgezeigt werden. Wichtig dabei ist, rechtsextreme Ideologiekonstrukte in Frage zu stellen und zu demontieren sowie menschenrechts-orientierte Alternativen erfahrbar zu machen, beispielsweise durch entsprechende Projekte. Um rechtsextrem-orientierte Gruppenstrukturen zu überwinden, kann es außerdem sinnvoll sein, zielgruppenübergreifende Projekte und Aktivitäten durchzuführen.

Ziel der Jugendarbeit mit rechtsextrem-orientierten Jugendlichen muss es sein, die Dominanz rechtsextremer Kader und Organisationsformen zu brechen, ihre Autorität zu demontieren und Jugendlichen Alternativen aufzuzeigen. ■

Aus der Mitte der Gewerkschaft

Studie zu Rechtsextremismus in den Gewerkschaften

Eine Anfang Juni veröffentlichte Studie hat Gewerkschaften und Öffentlichkeit bisher nur in geringem Maße alarmiert, obgleich das Ergebnis der Untersuchung lautet: Die Interessenvertretungen der ArbeitnehmerInnen haben ein noch größeres Problem mit extrem rechts eingestellten Mitgliedern als befürchtet.

„Wie findet Rechtsextremismus Eingang in die Gewerkschaften?“, so lautet die Leitfrage der 600 Seiten starken, repräsentativen Untersuchung von Wissenschaftlern der Freien Universität Berlin im Auftrag der Otto-Brenner- und der Hans-Böckler-Stiftung. Zur Beantwortung waren 4.000 Menschen befragt worden – je zur Hälfte Gewerkschaftsmitglieder und solche, die nicht Mitglied sind. Die Ergebnisse der zweijährigen Arbeit entsprechen zum Teil den Erwartungen der Macher und Auftraggeber – teilweise überraschen sie jedoch auch; einige treffen das Selbstverständnis der Gewerkschaften in ihrem Kern. Zugleich bietet die Studie Hinweise für eine offensive Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus insgesamt.

Problem der Mitte

Inwieweit extrem rechte Einstellungen in den Gewerkschaften verbreitet sind, darüber liefert die Untersuchung ein differenziertes Bild. Insgesamt betrachtet liegen die Arbeitnehmervertretungen mit nur leichten Abweichungen im gesellschaftlichen Trend. 19 Prozent der GewerkschafterInnen sind rechtsextrem eingestellt; bei Nicht-Mitgliedern sind es 20 Prozent.

Betrachtet man die Ergebnisse indes differenziert nach sozialen Schichten, so ergibt sich ein anderes Bild. Zwar sind Gewerkschaftsmitglieder aus der Unterschicht und aus der Oberschicht seltener rechtsextrem eingestellt als Nicht-Mitglieder der jeweiligen Schicht. Jedoch haben die Gewerkschaften ein spezifisches Mittelschicht-Problem. Diese Gruppe – zu denen FacharbeiterInnen und Angestellte gezählt werden – ist innerhalb der Gewerkschaft öfter rechtsextrem eingestellt als unter den Nicht-Mitgliedern: 19 Prozent der gewerkschaftlichen Mitte bekennen sich zu rechtsextremen Einstellungen, bei Nicht-Mitgliedern sind es nur 13 Prozent. Dieses

Ergebnis muss alarmieren: Immerhin 50 Prozent der Mitglieder und 43 Prozent ihrer FunktionärInnen stammen aus dieser Gruppe. In der Studie heißt es hierzu: „Gewerkschaften sind also stark durch die Mittelschicht geprägt, und sie üben auf rechtsextreme Arbeitnehmer aus der Mittelschicht besondere Anziehungskraft aus.“

Kein Problem der Modernisierungsverlierer

Die Autoren der Studie liefern einige „Schlussfolgerungen für die gewerkschaftliche Praxis“, die für die weitere Diskussion äußerst hilfreich sein könnten. Zunächst sind die Auswirkungen des ökonomischen Status auf die Ausbildung rechtsextremer Einstellungen deutlich geringer, als es die politische Debatte um Arbeitslosigkeit und Rechtsextremismus andauernd behauptet. Dieser Aspekt ist für das grundsätzliche Verständnis von Rechtsextremismus in Deutschland wesentlich. Die Studie stellt hierzu unmissverständlich fest: „Ungesicherte und unmoderne Verhältnisse im Arbeitsleben tragen wenig zur Erklärung von Rechtsextremismus bei. (...) Den Nährboden von Rechtsextremismus bilden mithin weniger der objektive soziale Status und die daraus erwachsenden Probleme, sondern vor allem das Zusammenwirken von Autoritarismus, Kapitalismus- und Demokratiekritik und von Unzufriedenheit. Eingedämmt wird Rechtsextremismus kaum durch einen gehobenen sozialen Status, durch Arbeitsplatzsicherheit oder durch Teilhabe am Modernisierungsprozess, sondern durch steigende Bildung und – in erster Linie – durch ein linksgerichtetes politisch-demokratisches Repertoire, das auf selbstbewusste Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen zielt.“ ■

Wir danken dem Antifaschistischen Pressearchiv und Bildungszentrum e.V. (apabiz) für die Genehmigung zur Veröffentlichung dieses Textes, der in der Gesamtfassung im „monitor“ Nr. 21/ Juli 2005 erscheint.

Stöss, Richard/Michael Fichter/Joachim Kreis/Bodo Zeuner: „Abschlussbericht Projekt ‚Gewerkschaften und Rechtsextremismus‘“. Berlin, Dezember 2004. Die Untersuchung ist abrufbar unter: www.polwiss.fu-berlin.de/projekte/gewrex/gewrex_downl.htm

17. Juni/Halle

Im Anschluss an einem Aufmarsch von ca. 150 Neonazis der militanten Kameradschaftsszene greifen Rechtsextremisten gegen 22 Uhr zwei Gegendemonstranten am Hauptbahnhof an. Vor den Augen der Polizei werden die beiden 20-Jährigen von zwei Aufmarschteilnehmern attackiert. Beide Betroffene werden zuerst im Kopfbereich geschlagen. Als sie daraufhin zu Boden gehen, treten die Angreifer auf sie ein. Die beiden Angreifer hören erst auf, die am Boden liegenden Opfer zu misshandeln, als Polizeibeamte eingreifen. Die Betroffenen erleiden Prellungen und müssen ambulant behandelt werden.

18. Juni/Quedlinburg

In den frühen Morgenstunden betritt ein halbes Dutzend Rechter das Café des soziokulturellen Dachvereins Reichenstraße. Schnell beginnen die jungen Männer zu pöbeln und CafébesucherInnen zu fotografieren. Nachdem der Anführer der rechten Gruppe ein Kommando ruft, prügeln einige der Rechten mit Billardqueues und mitgebrachten Baseballschlägern auf Cafégäste ein; andere Rechte werfen mit Bierflaschen und Billardkugeln auf die BesucherInnen und das Personal. Dabei werden zwei Gäste verletzt; einer von ihnen muss mehrere Tage stationär behandelt werden.

Gedenktafel wieder eingeweiht

Das Magdeburger „Bündnis gegen Rechts“ hat die Gedenktafel für den 17-jährigen Punk Frank Böttcher am 6. Juli 2005 an der Straßenbahnhalttestelle Neu-Olvenstedt wieder eingeweiht. Die Gedenktafel, die 1998 von Magdeburger AntifaschistInnen an einem Gedenkstein angebracht worden war, wurde in der Vergangenheit mehrfach von Tätern aus der rechten Szene in Magdeburg geschändet und – wie zuletzt im Sommer 2004 – entwendet.

Frank Böttcher wollte in der Nacht vom 7. zum 8. Februar 1997 im Krankenhaus Neu-Olvenstedt eine Handverletzung behandeln lassen. Dort berichtete er Krankenschwestern, dass er auf dem Weg mit der Straßenbahn ins Krankenhaus von einer Gruppe neonazistischer Skinheads angepöbelt wurde. Während er an der Straßenbahnhalttestelle auf dem Rückweg ins Stadtzentrum wartete, wurde Frank Böttcher dann von einem gleichaltrigen Naziskin angegriffen: Zunächst trat der Täter ihn mit Springerstiefeln zu Boden, dann stieß er ihm mit einem Butterflymesser mehrmals in den Rücken. Frank Böttcher starb im Krankenhaus an schweren Kopf- und Stichverletzungen. Das Landgericht Magdeburg verurteilte den 17-jährigen Täter im Juni 1997 zu sieben Jahren Jugendstrafe wegen Totschlags.

Rechtsextreme im Parlament

Einen Fachtag unter dem Motto „Rechtsextremismus im Parlament“ veranstaltet der Verein Miteinander e.V. am 12. Oktober in Magdeburg mit Förderung von „CIVITAS – initiativ gegen Rechtsextremismus“. Die Tagung will im Vorfeld der Landtagswahlen 2006 in Sachsen-Anhalt zu einer realistischen Einschätzung rechtsextremer Mobilisierungskraft beitragen und setzt sich u.a. mit den Fragen nach den Konsequenzen der Kandidaturen der rechtsextremen Parteien DVU und NPD bei Wahlen auseinander. Dabei werden ExpertInnen u.a. die Grenzen und Möglichkeiten rechtsextremer Wählermobilisierung, aber auch die Auswirkungen von rechtsextremer Wahlpropaganda im kommunalen und regionalen Kontext analysieren. Zudem sollen Möglichkeiten von frühzeitigen demokratischen Interventionen, Handlungsoptionen und Gegenstrategien auf parlamentarischer und zivilgesellschaftlicher Ebene diskutiert werden. Aktuelle Informationen zur Tagung können ab demnächst unter www.miteinander-ev.de abgerufen werden.

Anmeldungen unter:
Miteinander e.V.
Erich-Weinert-Str. 30
39104 Magdeburg
Tel: 0391/62 07 73
net.gs@miteinander-ev.de

Vor Ort: Bernburg

In Bernburg wird die Infotour „Was tun gegen Rechts“ am 14. Juli mit einem Workshop für MultiplikatorInnen und Ehrenamtliche zu den Schwerpunkten „Unterstützung für Betroffene rechter Gewalt“ und „Handlungsmöglichkeiten in Schulen und Jugendeinrichtungen, die mit rechten Jugendlichen und jungen Erwachsenen konfrontiert sind“ beginnen. Außerdem setzt sich der Workshop mit der Frage auseinander, welche Erfahrungen bislang mit Gedenkstättenbesuchen rechter Jugendlicher und jungen Erwachsenen gemacht wurden und werden. Am Abend wird eine öffentliche Veranstaltung über die neuen Strategien und Aktionsformen von NPD und Freien Kameradschaften informieren. Anhand von regionalen Beispielen wird aufgezeigt, wie die extreme Rechte versucht, mit aktuellen Themen wie der sozialen Frage und den Protesten gegen die Hartz-IV-Reformen breitere Zielgruppen zu erreichen.

Der Workshop findet in der Gedenkstätte für Opfer der „NS-Euthanasie“, Olga-Benario-Str. 16/18, 06406 Bernburg statt. Für den Workshop wird um Anmeldung gebeten unter:
Tel: 0391/5 44 67 10
Fax: 0391/5 44 67 11
opferberatung.md@miteinander-ev.de

Über diesen Newsletter:

Die „informationen der Mobilien Beratung für Opfer rechtsextremer Gewalt“ erscheinen sechs Mal im Jahr und werden kostenlos verschickt. Die „informationen“ können auch per E-mail bezogen werden. Wenn Ihr/Sie die „informationen“ bislang nicht direkt zugeschickt bekommen habt oder weitere Exemplare erhalten möchtet, bitte eine Rückmeldung geben an die unten genannte Adresse. Wir nehmen Euch/Sie dann in den Verteiler auf.

Mobile Opferberatung
c/o Miteinander e.V.
Erich-Weinert-Str. 30
39104 Magdeburg

opferberatung.md@miteinander-ev.de
Tel.: 0391/5 44 67 10
Fax: 0391/5 44 67 11

Über Geld und Spenden:

Spenden sind jederzeit willkommen. Sie werden ausschließlich für die direkte Projektarbeit eingesetzt. Wünsche der SpenderInnen über die Mittelverwendung werden selbstverständlich befolgt. SpenderInnen werden regelmäßig über die Arbeit des Mobilien Opferberatung informiert, u.a. durch einen Jahresbericht und Materialneuerscheinungen.

Die Mobile Opferberatung ist ein Projekt des gemeinnützigen Vereins Miteinander e.V.; Spenden sind daher steuerlich absetzbar. Auf Wunsch erhalten Sie eine Spendenbescheinigung zugeschickt.

Bank für Sozialwirtschaft AG
Konto-Nr.: 8473400, BLZ: 810 205 00
Kontoinhaber: Miteinander e.V.
Verwendungszweck: Mobile Opferberatung (bitte angeben)

Impressum

Herausgeber:
Mobile Beratung für Opfer
rechtsextremer Gewalt
c/o Miteinander e.V.
Projektleitung und Koordination
Erich-Weinert-Str. 30
39104 Magdeburg
Telefon: 0391/5 44 67 10
Fax: 0391/5 44 67 11
opferberatung.md@miteinander-ev.de
www.mobile-opferberatung.de

Redaktion:
Heike Kleffner (V.i.S.d.P.),
Martin Beck

Gestaltung: www.flmh.de

getragen von:



gefördert von:

